

II-426A der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

Nr. 2101/J

des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

1986-05-16

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Reinhart, Weinberger, Wanda Brunner,
Mag. Guggenberger, Dipl.Vw. Tieber, Strobl
und Genossen

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Maßnahmen gegen gesetzwidrige Straßenblockaden

Während Arbeitnehmervertreter zwecks Erreichung Ihrer Interessen die ihnen zustehenden gesetzlichen Möglichkeiten wahrnehmen, greifen gewisse Kreise der Vertreter der Bauern und der gewerblichen Wirtschaft zur Erlangung ihrer wirtschaftlichen und beruflichen Ziele in zunehmendem Maße zum Mittel der Straßenblockaden. Eine besondere Note dieser Aktionen besteht darin, daß diese Maßnahmen noch vor Beginn der Verhandlungen mit den zuständigen Stellen und Persönlichkeiten oder während dieser Verhandlungen einsetzen, obwohl der Verhandlungspartner, meist Regierungsvertreter, öffentlich die Absicht bekunden, die jeweiligen Anliegen zu respektieren und in erfolgversprechende Verhandlungen "am grünen Tisch" einzutreten. Zudem kommt, daß die meisten dieser Blockaden ohne Einleitung eines behördlichen Bewilligungsverfahrens und sogar trotz Verbotes der Behörde abgewickelt werden. Es ist der klugen Vorgangsweise der Exekutivorgane zuzuschreiben, daß bisher Ausschreitungen größeren Ausmaßes unterbunden werden konnten. Völlig unverständlich ist die Haltung gewisser ÖVP-Mandatare, die trotz ihrer Eidesabstattung auf die österreichische Verfassung und auf die Einhaltung der österreichischen Gesetze solche Veranstaltungen unter Beiziehung der Medien aufsuchen, die Aktionen gutheißen und an die Verantwortlichen und Teilnehmer Durchhalteparolen richten.

Weite Bevölkerungskreise bringen diesen "Blockaden" keine Verständnis entgegen, vornehmlich deshalb, weil sie in ihren Lebensbereichen unverschuldet Eingriffe in Kauf nehmen müssen. Arbeitnehmern wird die Zufahrt zu ihren Arbeitsplätzen oder der Weg zu

- 2 -

ihrem Heimatort versperrt, Urlauber müssen kostspielige und zeitraubende Umwege wählen, Erholungssuchende müssen sich unzumutbarer Wartezeiten auf den Straßen unterziehen, Geschäftstermine können nicht eingehalten werden, Notarzteinsätze oder Katastropheneinsätze sind gefährdet, die öffentlichen Kosten durch den Einsatz zusätzlicher Exekutivorgane wachsen. Es erscheint dringend erforderlich, diesen "Auswüchsen" ein besonderes Augenmerk zu schenken.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e n :

- 1) Welche Stellung beziehen Sie zu den von Bauern- und Wirtschaftsvertretern initiierten Straßenblockaden ?
- 2) Welche rechtlichen und verwaltungsmäßigen Möglichkeiten bestehen für Sie und Ihr Ressort, gegen das Gesetz verstoßende Straßenblockaden und öffentliche Störaktionen anderer Art zu unterbinden ?
- 3) Welche rechtlichen und verwaltungsmäßigen Möglichkeiten bestehen für die Landesregierungen und Bezirkshauptmannschaften zwecks Unterbindung solcher Blockaden und sind diese öffentlichen Stellen Ihren Informationen nach ihren gesetzlichen Aufgaben angesichts der jeweiligen Notsituation zeitgerecht nachgekommen ?
- 4) Welche Maßnahmen gegen die von der Behörde untersagten Blockaden wurden und werden von den Landeshauptmännern in ihrem Wirkungsbereich unternommen und welches Bundesland trat dabei beispielgebend in Erscheinung ?
- 5) Halten Sie eine Absprache zwischen Ihnen und den Landeshauptmännern zwecks Unterbindung ungesetzlicher Straßendemonstrationen und zwecks einer einheitlichen Vorgangsweise gegen derartige Aktionen für notwendig, wenn ja, wann werden Sie diese Verhandlungen einleiten und werden Sie in diese Beratungen die Sozialpartner miteinbeziehen ?